

Niederschrift der weiterführende Sitzung des Stadtrates am 04.07.2013

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	20:20 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratsvorsitzende:	Frau Pelke
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
7.	Entscheidungsvorlagen	
7.4.	Modalitäten zur Erhebung der Ausgleichsbeträge Einr.: Oberbürgermeister	2399/12
7.5.	Bebauungsplan LIA284 "Güterverkehrszentrum Erfurt" - 5. Änderung, Billigung des 2. Entwurfs und 2. öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	2473/12

- | | | |
|--------|---|----------------|
| 7.5.1. | Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Linderbach zur DS 2473/12 - Bebauungsplan LIA284 "Güterverkehrszentrum Erfurt" - 5. Änderung, Billigung des 2. Entwurfs und 2. öffentliche Auslegung | 0423/13 |
| 7.5.2. | Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Azmannsdorf zur DS 2473/12 - Bebauungsplan LIA284 "Güterverkehrszentrum Erfurt" - 5. Änderung, Billigung des 2. Entwurfs und 2. öffentliche Auslegung | 0432/13 |
| 7.5.3. | Änderungsantrag der Ortsteilbürgermeisterin Hochstedt zur DS 2473/12 - Bebauungsplan LIA284 "Güterverkehrszentrum Erfurt" - 5. Änderung, Billigung des 2. Entwurfs und 2. öffentliche Auslegung | 0685/13 |
| 7.5.4. | Änderungsantrag der Verwaltung zur DS 2473/12 - Bebauungsplan LIA284 "Güterverkehrszentrum Erfurt" - 5. Änderung, Billigung des 2. Entwurfs und 2. öffentliche Auslegung | 1157/13 |
| 7.5.5. | Antrag der Fraktion CDU zur DS 2473/12 - Bebauungsplan LIA284 "Güterverkehrszentrum Erfurt" - 5. Änderung, Billigung des 2. Entwurfs und 2. öffentliche Auslegung | 1186/13 |
| 7.5.6. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Drucksache 2473/12 - Bebauungsplan LIA284 "Güterverkehrszentrum Erfurt" - 5. Änderung, Billigung des 2. Entwurfs und 2. öffentliche Auslegung | 1191/13 |
| 7.5.7. | Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 2473/12 - Bebauungsplan LIA284 "Güterverkehrszentrum Erfurt" - 5. Änderung, Billigung des 2. Entwurfs und 2. öffentliche Auslegung | 1192/13 |
| 7.6. | Kunstrasenprogramm für Erfurt - Konzeption zur Sanierung / Herstellung von Kunstrasenplätzen bzw. die Umwandlung von bestehenden Tennen- in Kunstrasenplätze
Einr.: Oberbürgermeister | 0138/13 |
| 7.6.1. | Antrag der Fraktion SPD zur DS 0138/13 - Kunstrasenprogramm für Erfurt - Konzeption zur Sanierung / Herstellung von Kunstrasenplätzen bzw. die Umwandlung von bestehenden Tennen- in Kunstrasenplätze | 1190/13 |

7.7.	Überprüfung der Rechtsform der Volkshochschule Einr.: Oberbürgermeister	0143/13
7.8.	Einfacher Bebauungsplan JOV573 "Eugen-Richter-Straße / Hamburger Straße" - Billigung Entwurf und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	0155/13
7.8.1.	Änderungsantrag der Verwaltung zur Drucksache 0155/13 - Einfacher Bebauungsplan JOV573 "Eugen- Richter-Straße / Hamburger Straße" - Billigung Entwurf und öffentliche Auslegung	1146/13
7.9.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan FRI649 "Kindertag- esstätte Frienstedt"- Einleitungs- und Aufstellungsbe- schluss Einr.: Oberbürgermeister	0234/13
7.9.1.	Festlegung aus der nichtöffentlichen Sitzung StU vom 25.06.2013; TOP 4.9 - Nachfragen Vorhabenbezogener Bebauungsplan FRI649 "Kindertagesstätte Frienstedt"	1178/13
7.10.	Bebauungsplan BIN651 "An der Weinsteige - nördlicher Teilbereich" - Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vor- entwurfes und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit Einr.: Oberbürgermeister	0293/13
7.11.	Neue Gewerbegebiete für attraktive Arbeitsplätze Einr.: Fraktion CDU	0319/13
7.11.1.	Antrag der Fraktion CDU zur DS 0319/13 - Neue Gewerbe- gebiete für attraktive Arbeitsplätze	1185/13
7.12.	Bebauungsplan EFS095 "Quartier am Steigerwald" - Än- derung des Aufstellungsbeschlusses, Durchführung eines Gutachterverfahrens und Durchführung einer Wirkungs- analyse zur Einordnung großflächigen Einzelhandelsbe- triebes Einr.: Oberbürgermeister	0320/13

7.13.	Flächennutzungsplanänderung Nr. 17 für den Bereich Brühlervorstadt "Binderslebener Landstraße-westlich Heinrichstraße" - Beschluss über die Abwägungsergebnisse und Feststellungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	0354/13
7.14.	Flächennutzungsplan- Berichtigung Nr. 3, Bereich Altstadt, Bebauungsplan ALT608 "Hornegasse" - Billigung Einr.: Oberbürgermeister	0469/13
7.15.	Aufsichtsratsmitglieder für die Bundesgartenschau Erfurt 2021 gemeinnützige GmbH Einr.: Oberbürgermeister	0482/13
7.16.	Platznutzungskonzept Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0484/13
7.17.	Entwicklung einer Flächenbevorratungs- und -managementstrategie für Erfurt Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0536/13
7.18.	Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der SWE Stadwerke Erfurt GmbH Einr.: Oberbürgermeister	0571/13
7.19.	Neubau einer überdachten Fahrradabstellanlage am Südeingang des Erfurter Hauptbahnhofes Einr.: Oberbürgermeister	0691/13
7.20.	Erfurt auf dem Weg zur Bürgerkommune Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0720/13
7.21.	Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum 2013 bis 2015 Einr.: Oberbürgermeister	0772/13
7.21.1.	Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Herrenberg zur DS 0772/13 - Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum 2013 bis 2015	1087/13

7.21.2.	Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Moskauer Platz zur DS 0772/13 - Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum 2013 bis 2015	1120/13
7.21.3.	Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Stotternheim zur DS 0772/13 - Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum 2013 bis 2015	1121/13
7.21.4.	Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Mittelhausen zur Vorlage 0772/13 Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum 2013 bis 2015	1150/13
7.21.5.	Änderungsantrag der Ortsteilbürgermeisterin Salomonsborn zur DS 0772/13 - Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum 2013 bis 2015	1167/13
7.22.	Entscheidung zum Antrag auf Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes BRV547 "Kressepark Erfurt" Einr.: Oberbürgermeister	0780/13
7.23.	50 Prozent ermäßigter Eintritt in die Museen der Landeshauptstadt für die Erfurter Mitglieder des Verbandes bildender Künstler Thüringens Einr.: Fraktion DIE LINKE.	0897/13
7.24.	17. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung Einr.: Oberbürgermeister	0940/13
7.25.	5. Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse Einr.: Oberbürgermeister	0941/13
7.26.	X. Internationales Puppentheaterfestival SYNERGURA 2014 Einr.: Oberbürgermeister	0953/13
7.27.	Masterplan Schule und Schulnetz der Stadt Erfurt Einr.: Fraktion CDU	0956/13

7.28.	Umschuldungen 2014 Einr.: Oberbürgermeister	0985/13
7.29.	Ergänzung des Radverkehrskonzeptes um "Buga- Radwege" Einr.: Fraktion SPD	0986/13
7.30.	Grundsatzentscheidung - Ja zum Konzept Rotdornweg Einr.: Fraktion DIE LINKE.	1019/13
7.31.	Abberufung und Bestellung eines Aufsichtsratsmitglie- des der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH Einr.: Oberbürgermeister	1027/13
7.32.	Wahl neuer Stellvertreter im Jugendhilfeausschuss Einr.: Fraktion SPD	1079/13
7.33.	Besetzung des 3. sachkundigen Bürgers in den Ausschüs- sen und Nachbesetzung eines sachkundigen Bürgers im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung Einr.: Fraktion SPD	1081/13
7.33.1.	Antrag der Fraktion SPD zur DS 1081/13 - Besetzung des 3. sachkundigen Bürgers in den Ausschüssen und Nach- besetzung eines sachkundigen Bürgers im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung	1189/13
7.34.	Vorfahrt für Fußgänger und Radfahrer Einr.: Fraktion DIE LINKE.	1082/13
8.	Informationen	

1. **Eröffnung durch den Oberbürgermeister**

In Vertretung des Oberbürgermeisters eröffnete Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur die weiterführende Stadtratssitzung und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Sie übergab sodann die Sitzungsleitung an die Stadtratsvorsitzende Frau Pelke.

Frau Pelke gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Zeitungsgruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der ZGT vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die ZGT für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit der Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Sie fragte daraufhin, ob auf Grund dieser Mitteilung ein Stadtratsmitglied der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht.

Widerspruch gegen die Aufzeichnung erhob sich nicht.

Darüber hinaus teilte sie mit, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 24.11.2009 und am 28.02.2012 die Zustimmung erteilt hat, dass die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN bzw. die Fraktion Freie Wähler für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mit-schneiden dürfen.

Im Anschluss wurde die Anwesenheit - zu diesem Zeitpunkt waren 32 Mitglieder des Stadtrates anwesend - und die Beschlussfähigkeit nach § 36 (1) ThürKO festgestellt.

Letztlich verwies sie auf die Pause, welche in der Zeit von 18.30 Uhr bis 19.00 Uhr stattfinden soll.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Die Änderungen der Tagesordnung wurden bereits in der Sitzung am Vortag bekannt gegeben.

Zur Erinnerung wies die Stadtratsvorsitzende darauf hin, dass der

TOP 7.32 - Drucksache 1079/13
Wahl neuer Stellvertreter im Jugendhilfeausschuss
Einr.: Fraktion SPD

vorgezogen werden soll und die Wahl vor der Pause stattfinden soll.

Herr Schmantek, Fraktion DIE LINKE., beantragte den Tagesordnungspunkt 7.30 - Grundsatzentscheidung - Ja zum Konzept Rotdornweg - in der Abhandlung der Tagesordnung vorzuziehen und nach dem TOP 7.5 - Bebauungsplan LIA284 "Güterverkehrszentrum Erfurt" - 5. Änderung, Billigung des 2. Entwurfs und 2. öffentliche Auslegung - zu behandeln.

Zudem beantragte Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, im Namen der Verwaltung den TOP 7.21 - Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum 2013 bis 2015 - in der heutigen Sitzung abzustimmen, da dieser die rechtliche Grundlage für den Beginn des Kitajahres ab dem 01. August sei.

Herr Metz, Fraktion SPD, stellte die Möglichkeit einer jetzigen Änderung der Tagesordnung in Frage, da die Tagesordnung bereits in der Sitzung am Vortag abgestimmt wurde.

Hierzu erklärte die Stadtratsvorsitzende, dass die Änderung gemäß dem oben gestellten Antrag bereits angekündigt wurde und sich darauf geeinigt wurde, die Möglichkeit dessen zur Abstimmung zu stellen.

Somit ließ sie über den Antrag den TOP 7.30 in der Tagesordnung unmittelbar nach dem TOP 7.5 vorzuziehen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	5
Enthaltungen:	1

Damit wurde dieser Antrag bestätigt und die Verfahrensfolge festgelegt.

04

Gemäß Empfehlung des Gutachters wird auf die Möglichkeit zur vorzeitigen Ablösung der Ausgleichsbeträge auf dem Wege der ortsüblichen Bekanntmachung hingewiesen.

**7.5. Bebauungsplan LIA284 "Güterverkehrszentrum Erfurt" - 5. 2473/12
 Änderung, Billigung des 2. Entwurfs und 2. öffentliche
 Auslegung
 Einr.: Oberbürgermeister**

Es wurde bekannt gegeben, dass der Ortsteilrat Büßleben die Drucksache in seiner Sitzung am 06.03.2013 zur Kenntnis genommen hat (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ortsteilrat Vieselbach hat die Drucksache in seiner Sitzung am 07.03.2013 bestätigt (Ja 7 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0).

Es liegt ein Antrag des Ortsteilbürgermeisters Linderbach mit Drucksache 0423/13 vor.
Zudem liegt ein Antrag des Ortsteilbürgermeisters Azmannsdorf mit Drucksache 0432/13 vor

Weiterhin liegt ein Antrag der Ortsteilbürgermeisterin Hochstedt mit Drucksache 0685/13 vor (alte Drucksache 0438/13 wurde zurückgezogen).

Zu allen drei Anträgen liegt die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Alle vorliegenden Änderungsanträge wurden ebenfalls in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 21.05.2013 vertagt.

Weiterhin liegt ein Antrag der Verwaltung mit Drucksache 1157/13 vor.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Vorlage in seiner Sitzung am 25.06.2013 in die Verwaltung zurückverwiesen.

Im Anschluss ließ der Ausschussvorsitzende über das Hinzufügen eines Beschlusspunktes 04 - "Die Anbindung an die Sömmerdaer Straße wird nicht gebaut." abstimmen:

abgelehnt Ja 4 Nein 6 Enthaltung 0 Befangen 0

Im Anschluss wurde über die Drucksache 2473/12 abgestimmt:

abgelehnt Ja 3 Nein 7 Enthaltung 0 Befangen 0

Im Anschluss wurde folgender **Beschluss** gefasst:

Zurückverweisung der Drucksache in die Verwaltung unter der Prämisse der Ausbildung der 2. Ausfahrt des GVZ ausschließlich in Richtung Süden (Variante 2A/2B) in einer genehmigungsfähigen/förderfähigen Version.

bestätigt Ja 5 Nein 4 Enthaltung 1 Befangen 0

Hinweis zum Abstimmverhalten:

Die Annahme der Anträge von Azmannsdorf, Linderbach und Hochstedt bedeuten eine gleichzeitige Rückverweisung der Drucksache 2473/12 in die Verwaltung mit dem Ziel der Überarbeitung nach dem im Änderungsantrag benannten Sachverhalten.

Es liegt ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 1186/13 vor (Ergänzung).

Es liegt ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 1191/13 vor (Ergänzung).

Zu allen Anträgen liegt die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Der Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 1192/13 (bedeutete eine Zurückverweisung in die Verwaltung) wurde zurückgezogen.

Die bereits ausgereichte Stellungnahme zum Antrag der Fraktion SPD (DS 1192/13) wurde am 04.07.2013 durch die Verwaltung ergänzt und liegt den Fraktionen und fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zudem lag folgender neuer Antrag der Fraktion SPD als Tischvorlage vor:

Änderungs-/Ergänzungsantrag der SPD - Fraktion zur DS 1192/13 zur DS 2473/12

Bebauungsplan LIA284

"Güterverkehrszentrum Erfurt" - 5. Änderung, Billigung des 2. Entwurfs und 2. öffentliche Auslegung

*In Ergänzung des Beschlussvorschlages der Verwaltung ist ein **Beschlusspunkt 04** anzufügen:*

Außerhalb und unabhängig vom Bebauungsplanverfahren wird die Stadtverwaltung beauftragt, die konkrete Knotenpunktausbildung der 2. Anbindung des GVZ (Anbindung der Straße Im Mittelfelde an die Sömmerdaer Straße) gemäß der beigefügten schematischen Variante 2A (Anlage Z, gesonderte nicht zum Bebauungsplan gehörende Anlage) in einer förder- und genehmigungsfähigen Form wie folgt vorzunehmen:

- Ausfahrt aus dem GVZ in Richtung Süd*
- Zufahrt in das GVZ nur aus Richtung Süd*

An der Diskussion beteiligten sich teilweise mehrfach:

- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erläuterte die Intension des Antrages seiner Fraktion. Zudem sei mit dieser Änderung der Bebauungsplan abstimmungs- und zustimmungsfähig. Daher bat er um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.
- Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, erläuterte seine Bedenken gegenüber der Ausfahrt Variante 2A insbesondere in Bezug auf den ÖPNV Verkehr. Er hinterfragte die

Möglichkeit der Ausfahrt für den Bus bei dieser dargestellten Variante. Zudem fragte er den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr wie er bzw. die verantwortlichen Fachleute diese Variante 2A aus fachlicher Sicht bezüglich der Umsetzbarkeit und Durchführung mit dem ÖPNV sehe.

- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, schilderte zunächst die Beratungsergebnisse zur Thematik des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt. Aus seiner Sicht sei nur eine Ausfahrt aus dem GVZ nicht zu verantworten besonders im Hinblick auf die zahlreich angesiedelten logistischen Unternehmen und dem damit verbundenen Verkehrsaufkommen. Weiterhin erläuterte er die Intension der Ergänzungspunkte des Antrages seiner Fraktion.
- Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, hinterfragte einige Punkte des Ergänzungsantrages der Fraktion CDU insbesondere die Regelungen, welche anhand von Schildern und von der Polizei erbeten werden sollen und wies darauf hin, im Namen seiner Fraktion diesen nicht zustimmen zu können.
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, ging auf die Nachfragen seines Vorredners ein und wies darauf hin, dass die Lösung der Variante 2A des Antrages der Fraktion SPD aus Sicht seiner Fraktion keine technisch korrekte und nicht zustimmungsfähige Variante sei, da diese zu Unfällen führen kann.
- Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ging in seinen Ausführungen auf die Für- und Widerargumente der zweiten Ausfahrt des GVZ ein und beleuchtete die finanziellen Gesichtspunkte des Vorhabens. Weiterhin erläuterte er die Intension des Antrages seiner Fraktion, welcher beinhaltet, den Busverkehr mit entsprechenden Pollern zu regeln. Für diesen warb er um Zustimmung.
- Herr Schilder, Fraktion SPD, nahm in seinen Ausführungen Bezug zu den Gründungsgedanken des GVZ. Laut diesen waren bereits seit Beginn zwei Ausfahrten angedacht bzw. geplant. Weiterhin ging er auf die durchgeführten Lärmgutachten und die Auslastung der ersten Ausfahrt ein. Im Gegensatz zu seinem Vorredner sah er keine Bedenken bezüglich der Verkehrssituation des ÖPNV. Abschließend bat er um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.
- Herr Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, ging auf die an ihn gerichtete Frage von Herrn Stampf ein bezüglich der fachlichen Beurteilung zur Umsetzung der Variante 2A und gab das Ergebnis aus Sicht der Verwaltung zu Protokoll: "Die Glücksgefühle halten sich in Grenzen über diesen Knoten, aber das Tiefbauamt und damit die untere Straßenverkehrsbehörde und selbstverständlich das Dezernat 04 sind der Auffassung - und das kann man auch gerne zu Protokoll nehmen so, auch von mir aus wörtlich - das diese Ausfahrt aus fachlicher Sicht machbar und möglich ist. Und dies liegt mir auch schriftlich vor."
- Herr Mey, Ortsteilbürgermeister Vieselbach, erläuterte seine Sichtweise zum Vorhaben. Hierbei schilderte er auch die Anliegen der Bewohner in Vieselbach und gab zu Bedenken, dass der vorhandene Knotenpunkt zwar rechnerisch auf gehe, aber im Ablauf in der Praxis und der Hauptverkehrszeit sehr bedenklich sei. In der Variante 2A sehe auch er einen Unfallschwerpunkt. Abschließend wies er auf den schlechten Zustand der Straße hin und regte an, dies in der mittelfristigen Planung zu berücksichtigen.

- Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, hinterfragte den Positionswechsel der Verwaltung bezüglich der damaligen Stellungnahme der und den heutigen Aussagen gegenüber der Machbarkeit und Umsetzung der Variante 2A.
- Herr Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, erläuterte die Beratungsergebnisse der Verhandlungen und begründete die getroffene Aussagen, dass diese Ausfahrt für möglich und machbar gehalten werde. Dies sei in Absprache mit der unteren Straßenverkehrsbehörde vereinbart wurden und liege ihm auch schriftlich vor.
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, gab nochmals zu Bedenken, dass bei dieser Variante die Ausfahrt für den Busverkehr aus seiner Sicht nicht möglich sei.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte sein Unverständnis gegenüber den Aussagen seines Vorredners. Aus Sicht seiner Fraktion gäbe es eine klare Lösung - auch ohne Fördermittel - die Regelung nur für den Busverkehr mit Pollern und keine Freigabe für anderen motorisierten Verkehr.
- Herr Kemmerich, fraktionslos, stellte eine Nachfrage an seinen Vorredner.
- Herr Prof. Dr. Thumfart ging auf die Nachfrage ein und beantwortete diese.
- Herr Schilder, Fraktion SPD, nahm nochmals Bezug zur Thematik des ÖPNV und stellte die Möglichkeiten für den Busverkehr dar.
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, ging abschließend auf die Aussagen von Herrn Prof. Dr. Thumfart ein und warb nochmals für die Vorschläge seiner Fraktion und einer entsprechenden Regelung der zweiten Ausfahrt mit Verkehrszeichen.
- Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ging kurz auf die Argumentation seines Vorredners ein.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht und somit schloss die Stadtratsvorsitzende die Aussprache und erläuterte das Abstimmungsprozedere.

Zunächst erfolgte die Abstimmung über den **Antrag des Ortsteilbürgermeisters von Linderbach (Drucksache 0423/13)**.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	0
Nein-Stimmen:	34
Enthaltungen:	3

Damit abgelehnt.

Der **Antrag des Ortsteilbürgermeisters von Azmannsdorf (Drucksache 0432/13)** wurde wie folgt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	0
Nein-Stimmen:	34

Enthaltungen: 3

Damit ebenfalls abgelehnt.

Anschließend wurde der **Antrag der Ortsteilbürgermeisterin von Hochstedt (Drucksache 0685/13)** abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 0

Nein-Stimmen: 35

Enthaltungen: 2

Somit abgelehnt.

Im Anschluss rief die Stadtratsvorsitzende den **Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 1186/13)**, welcher die Ursprungsdrucksache ergänzt, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 26

Enthaltungen: 0

Somit wurde dieser abgelehnt.

Daraufhin erfolgte die Abstimmung über den **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 1191/13)**, welcher eine Ergänzung zur Ursprungsdrucksache beinhaltet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7

Nein-Stimmen: 26

Enthaltungen: 4

Damit wurde auch dieser abgelehnt.

Nun folgte die Abstimmung über den **Antrag der Fraktion SPD**, welcher als **Tischvorlage** ausgereicht wurde und die Ursprungsdrucksache um einen Beschlusspunkt 04 ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 26

Nein-Stimmen: 11
Enthaltungen: 0

Somit wurde dieser bestätigt.

Abschließend rief die Stadtratsvorsitzende die **Drucksache in Fassung des Antrages der Verwaltung (Drucksache 1157/13) inkl. der zuvor bestätigten Ergänzung** zur Abstimmung auf.

Im Anschluss an die Abstimmung rief die Stadtratsvorsitzende den TOP 7.30 - Grundsatzentscheidung - Ja zum Konzept Rotdornweg - wie zuvor unter TOP 2 (Änderung der Tagesordnung) abgestimmt, zur Beratung auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 32 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

01

Der Entwurf zur 5. Änderung des Bebauungsplanes LIA284 "Güterverkehrszentrum Erfurt" in seiner Fassung vom 24.06.2013 (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) sowie die Zwischenabwägung (Anlage 4) werden gebilligt.

02

Der Entwurf zur 5. Änderung des Bebauungsplanes LIA284 "Güterverkehrszentrum Erfurt" in seiner Fassung vom 24.06.2013, dessen Begründung sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sind nach § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB auf die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, sind gemäß § 4 Abs. 2 Satz 1 BauGB zu beteiligen.

03

Zeitpunkt, Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sowie Angaben zu den Arten verfügbarer umweltbezogener Informationen sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können.

04

Außerhalb und unabhängig vom Bebauungsplanverfahren wird die Stadtverwaltung beauftragt, die konkrete Knotenpunktausbildung der 2. Anbindung des GVZ (Anbindung der Straße Im Mittelfelde an die Sömmerdaer Straße) gemäß der beigefügten schematischen Variante 2A (Anlage Z, gesonderte nicht zum Bebauungsplan gehörende Anlage) in einer förder- und genehmigungsfähigen Form wie folgt vorzunehmen:

- Ausfahrt aus dem GVZ in Richtung Süd

- Zufahrt in das GVZ nur aus Richtung Süd

Hinweis:

Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 1 a - d und Anlage Z beige-fügt.

7.5.1. Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Linderbach 0423/13
zur DS 2473/12 - Bebauungsplan LIA284 "Güterverkehrs-
zentrum Erfurt" - 5. Änderung, Billigung des 2. Entwurfs
und 2. öffentliche Auslegung

abgelehnt Ja 0 Nein 34 Enthaltung 3 Befangen 0

7.5.2. Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Azmanns- 0432/13
dorf zur DS 2473/12 - Bebauungsplan LIA284 "Güterver-
kehrszentrum Erfurt" - 5. Änderung, Billigung des 2. Ent-
wurfs und 2. öffentliche Auslegung

abgelehnt Ja 0 Nein 34 Enthaltung 3 Befangen 0

7.5.3. Änderungsantrag der Ortsteilbürgermeisterin Hochstedt 0685/13
zur DS 2473/12 - Bebauungsplan LIA284 "Güterverkehrs-
zentrum Erfurt" - 5. Änderung, Billigung des 2. Entwurfs
und 2. öffentliche Auslegung

abgelehnt Ja 0 Nein 35 Enthaltung 2 Befangen 0

7.5.4. Änderungsantrag der Verwaltung zur DS 2473/12 - Be- 1157/13
bauungsplan LIA284 "Güterverkehrszentrum Erfurt" - 5.
Änderung, Billigung des 2. Entwurfs und 2. öffentliche
Auslegung

bestätigt

7.5.5. Antrag der Fraktion CDU zur DS 2473/12 - Bebauungsplan 1186/13
LIA284 "Güterverkehrszentrum Erfurt" - 5. Änderung, Bil-
ligung des 2. Entwurfs und 2. öffentliche Auslegung

abgelehnt Ja 11 Nein 26 Enthaltung 0 Befangen 0

7.5.6. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Drucksache 2473/12 - Bebauungsplan LIA284 "Güterverkehrszentrum Erfurt" - 5. Änderung, Billigung des 2. Entwurfs und 2. öffentliche Auslegung 1191/13

abgelehnt Ja 7 Nein 26 Enthaltung 4 Befangen 0

7.5.7. Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 2473/12 - Bebauungsplan LIA284 "Güterverkehrszentrum Erfurt" - 5. Änderung, Billigung des 2. Entwurfs und 2. öffentliche Auslegung 1192/13

zurückgezogen

7.6. Kunstrasenprogramm für Erfurt - Konzeption zur Sanierung / Herstellung von Kunstrasenplätzen bzw. die Umwandlung von bestehenden Tennen- in Kunstrasenplätze Einr.: Oberbürgermeister 0138/13

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach der Verabschiedung von Herrn Gerhard Schilder aufgerufen.

Es wurde bekannt gegeben, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache in seiner Sitzung am 10.04.2013 bestätigt hat (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

Der Ausschuss für Bildung und Sport hat Drucksache in seiner Sitzung am 22.05.2013 mit Festlegung vertagt (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Die Beantwortung der Nachfragen liegt mit Drucksache 0950/13 vor.

Der Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb hat die Drucksache in seiner Sitzung am 23.05.2013 bestätigt (Ja 2 Nein 1 Enthaltung 5 Befangen 0).

Der Ausschuss für Bildung und Sport hat die Drucksache in seiner Sitzung am 18.06.2013 ebenfalls bestätigt (Ja 4 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0).

Es liegt ein Antrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE. mit Drucksache 1190/13 vor. Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte seine Sichtweise zur Thematik und ging hierbei auf Für- und Widerargumente der Kunstrasenplätze ein. Aus Sicht seiner

Fraktion bestehen noch zu viele unbeantwortete Fragen bezüglich der Konzeption zur Sanierung und Herstellung von Kunstrasenplätzen und daher beantragte er die Zurückverweisung der Vorlage in den Ausschuss für Bildung und Sport, in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben sowie in den Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende zunächst den weitestgehenden Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Zurückverweisung der Vorlage in die genannten Ausschüsse abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	19
Enthaltungen:	1

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

Daraufhin rief die Stadtratsvorsitzende den Antrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE. (Drucksache 1190/13), welcher den Beschlusspunkt 02 der Ursprungsdrucksache ändert, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	14
Enthaltungen:	1

Damit bestätigt.

Abschließend erfolgte die Abstimmung der Drucksache 0138/13 inkl. der zuvor bestätigten Änderung.

mit Änderungen beschlossen Ja 23 Nein 9 Enthaltung 1 Befangen 0

01

Der Stadtrat nimmt die Konzeption "Kunstrasenprogramm für Erfurt" (Stand Februar 2013) zur Kenntnis.

02

Die Stadtverwaltung wird vorbehaltlich der Bestätigung und Genehmigung des Haushaltes 2013 beauftragt, die vorgesehene Planung mittels Kommunalkrediten zu finanzieren und die entsprechenden Mittel im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes ESB für die mittelfristige Finanzplanung einzustellen.

03

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die sportliche Nutzung von geeigneten sanierungsbedürftigen kommunalen Sportanlagen aufgegeben und die Flächen z. B. für Wohnbaunutzung umgewidmet werden können. Ziel soll es sein, die Kosten für die Umsetzung des Kunstrasenprogramms zu reduzieren.

Hinweis:

Die Anlage des Beschlusses (Konzeption) ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

7.6.1. Antrag der Fraktion SPD zur DS 0138/13 - Kunstrasenprogramm für Erfurt - Konzeption zur Sanierung / Herstellung von Kunstrasenplätzen bzw. die Umwandlung von bestehenden Tennen- in Kunstrasenplätze 1190/13

bestätigt Ja 18 Nein 14 Enthaltung 1 Befangen 0

7.7. Überprüfung der Rechtsform der Volkshochschule 0143/13
Einr.: Oberbürgermeister

Es wurde bekannt gegeben, dass der Ausschuss für Bildung und Sport die Drucksache in seiner Sitzung am 18.06.2013 abgelehnt hat (Ja 3 Nein 3 Enthaltung 2 Befangen 0).

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben hat die Drucksache in seiner Sitzung am 19.06.2013 vertagt.

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen hat die Drucksache in seiner Sitzung am 26.06.2013 bestätigt (Ja 7 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0).

Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 31 Nein 6 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, die Überführung der Volkshochschule aus dem Amt für Bildung in eine andere Rechtsform zu prüfen.

02

Dem Stadtrat ist im 4. Quartal 2013 eine Variantenuntersuchung zu den möglichen Rechtsformen vorzulegen.

7.8. Einfacher Bebauungsplan JOV573 "Eugen-Richter-Straße / Hamburger Straße" - Billigung Entwurf und öffentliche Auslegung 0155/13
Einr.: Oberbürgermeister

Es wurde bekannt gegeben, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 25.06.2013 bestätigt hat (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Es liegt ein Antrag der Verwaltung mit Drucksache 1146/13 vor.

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 2). Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache in Fassung des Änderungsantrages der Verwaltung (Drucksache 1146/13) abstimmen.

mit Änderungen beschlossen Ja 37 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Der Entwurf des einfachen Bebauungsplanes JOV573 "Eugen-Richter-Straße / Hamburger Straße" in seiner Fassung vom 24.06.2013 (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) werden gebilligt.

02

Durch das Bebauungsplanverfahren JOV573 werden die Sanierungsziele für den Teilbereich des Sanierungsgebietes KRV420 „Innere Oststadt“ gebietsbezogen konkretisiert.

03

Der Entwurf des einfachen Bebauungsplanes JOV573 "Eugen-Richter-Straße / Hamburger Straße" und die Begründung sind nach § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, sind gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BauGB i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

04

Zeitpunkt, Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.

Hinweis:

Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 3 a - c beigelegt.

- Aufwertung des östlichen Ortsrandes des Ortsteils Frienstedt, Einbindung in den Grünzug.

03

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

Auf die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wird gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BauGB verzichtet.

04

Der Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

Gemäß § 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauGB ist in der Bekanntmachung darauf hinzuweisen, wo sich die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten kann und dass sich die Öffentlichkeit innerhalb einer bestimmten Frist zur Planung äußern kann.

05

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Antragsteller (Vorhabenträger) den erforderlichen Durchführungsvertrag gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB zur Vorbereitung und Durchführung dieses Bebauungsplanverfahrens abzuschließen.

06

Der Flächennutzungsplan ist gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen.

Hinweis:

Die Anlage des Beschlusses (Übersichtsskizze) ist der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

7.9.1. Festlegung aus der nichtöffentlichen Sitzung StU vom 25.06.2013; TOP 4.9 - Nachfragen Vorhabenbezogener Bebauungsplan FRI649 "Kindertagesstätte Frienstedt" 1178/13

zur Kenntnis genommen

7.10. Bebauungsplan BIN651 "An der Weinsteige - nördlicher Teilbereich" - Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vor-entwurfes und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit **0293/13**
Eintr.: Oberbürgermeister

Es wurde bekannt gegeben, dass der Ortsteilrat Bindersleben die Drucksache in seiner Sitzung am 20.06.2013 bestätigt hat (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Drucksache in seiner Sitzung am 25.06.2013 ebenfalls bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Wortmeldungen gab es nicht. Damit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 32 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

01

Für einen nördlichen Teilbereich des Bebauungsplanes BIN137 "An der Weinsteige" soll gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB ein Bebauungsplan BIN651 „An der Weinsteige - nördlicher Teilbereich“ aufgestellt werden.

Das Gebiet des Bebauungsplanes BIN651 besteht aus zwei Teilbereichen.
Der Teilbereich 1 wird entsprechend der zeichnerischen Festsetzungen begrenzt:

im Nordwesten: durch die nordwestliche Grenze des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes BIN 137

im Nordosten: durch die südwestliche Grenze der Flurstücke 159/5 und 109/12 der Flur 3, Gemarkung Bindersleben (Orionstraße)

im Südosten: durch die nordwestliche Grenze des Flurstücks 202/83 (Andromedastraße), die gerade Verlängerung dieser Grenze bis zum Schnittpunkt dieser Linie mit der Verlängerung der westlichen Grenzlinie des Flurstücks 206/66, die westlichen Grenzen der Flurstücke 206/66 und 210/26, die nördliche Grenze des Flurstücks 276, die gerade Verlängerung dieser Linie bis zum Schnittpunkt mit der westlichen Grenze des Flurstücks 211/2 (Pegasusweg), die westliche Grenze des Flurstücks 211/2, die nördliche Grenze des Flurstücks 214/2, die nordwestliche Grenze der Flurstücke 228, 216, 203/17 (Siriusstraße), 381/2, 113/93 und 75/16, die südwestliche Grenze des Flurstücks 75/16 bis zum nördlichen Grenzpunkt des Flurstücks 75/158, die nordwestliche Grenze des Flurstücks 75/158 in gerader Verlängerung bis zum Schnittpunkt mit der nordöstlichen Grenze des Flurstücks 75/125 (Antaresweg), die südwestliche Grenze des Flurstücks 75/125 bis zum nördlichen Eckpunkt des Flurstücks 75/91, die nordwestliche Grenze der Flurstücke 75/91 und 75/146, die südwestliche Grenze des Flurstücks 75/146 in einer Länge von 2m, danach rechtwinklig die Kastorstraße querend auf den nördlichen Eckpunkt des Flurstücks 75/130, die südwestliche Grenze der Flurstücke 75/130, 75/129, 75/95, 75/96, die

nordwestliche Grenze des Flurstücks 75/72, die südwestliche Grenze des Flurstücks 75/72 bis zum südwestlichen Eckpunkt, dann eine gerade Linie vom südwestlichen Eckpunkt des Flurstücks 75/72 bis zum südöstlichen Eckpunkt des Flurstücks 75/73, die nordöstliche Grenze des Flurstücks 75/73, die nord-westliche Grenze des Flurstücks 74/73, die südwestliche Grenze des Flurstücks 75/73 bis zum Straßenradius, alle Flurstücke Flur 3, Gemarkung Bindersleben

im Südwesten: durch die nordöstliche Grenze des Flurstücks 71/7, die nordöstlichen Grenzen der Flurstücke 82/3, 81/3, 78/24, 78/23 und 78/51, durch die östliche Grenze des Flurstückes 78/51, durch die südöstliche Grenze der Flurstücke 78/52, 78/51 und 78/23, durch die nordöstliche Grenze des Flurstückes 78/26 verlängert bis zur Südostgrenze des Flurstücks 78/40, dem Straßenradius folgend die Südwestgrenzen der Flurstücke 78/60, 78/59, 77/25, 77/33, 77/19 und 75/156 (Taurusstraße) bis zum Straßenradius, alle Flurstücke Flur 3, Gemarkung Bindersleben

Der Teilbereich 2 wird entsprechend der zeichnerischen Festsetzungen begrenzt:

im Nordwesten: durch die südöstliche Grenze des Flurstücks 351/62, Flur 3, Gemarkung Bindersleben

im Nordosten: durch die südwestliche Grenze des Flurstücks 71/5, Flur 3, Gemarkung Bindersleben

im Südosten: durch die nordwestliche Grenze des Flurstücks 430/64, Flur 3, Gemarkung Bindersleben

im Südwesten: durch die nordöstliche Grenze des Flurstücks 62/3, Flur 3, Gemarkung Bindersleben

Folgende Planungsziele werden dabei angestrebt:

- Die bisher festgesetzte gewerbliche Nutzung (GE 2 und GE 3) soll zu Gunsten einer Wohnnutzung (WA) auf der Grundlage einer aktuellen Schallimmissionsprognose geändert werden.
- Im Bebauungsplanverfahren soll geprüft werden, inwieweit in untergeordneten Bereichen ein MI oder eingeschränktes GE (gegenüber Handelsfläche bzw. Bürogebäude) geeignet ist z.B. zur Errichtung eines Ärztehauses.
- Der bisher am südwestlichen Randbereich geplante Spielbereich soll in den nördlichen Teilbereich verlagert werden.
- Die bisher für den Spielplatz vorgesehene Fläche soll wieder einer landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden.
- Die bisher nicht gebaute „Andromedastraße“ soll komplett neu geordnet werden, um sowohl die Einordnung der Baufenster zu optimieren und die Verkehrerschließung, insbesondere Anbindung der bereits vorhandenen Straßen im Wohngebiet zu gewährleisten.
- An die vorhandenen Erschließungsanlagen soll angeknüpft und das Erschließungssystem vervollständigt werden.

02

Der Bebauungsplan wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß §13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach §2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

03

Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

04

Der städtebauliche Vorentwurf vom 19.02.2013 und die Erläuterungsbericht werden als Vorentwurf des Bebauungsplanes BIN651 „An der Weinsteige - nördlicher Teilbereich“ (Anlage 2) und dessen Begründung (Anlage 3) gebilligt.

05

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist durch öffentliche Auslegung des städtebaulichen Vorentwurfes des Bebauungsplanes BIN651 "An der Weinsteige - nördlicher Teilbereich" und dessen Begründung durchzuführen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt wird, sind gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB zu beteiligen.

06

Zeitpunkt, Ort und Dauer der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sind ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

07

Der Flächennutzungsplan ist gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen.

08

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Antragsteller einen städtebaulichen Vertrag insbesondere zur Übernahme der Kosten der Planung und die Herstellung der Erschließung abzuschließen.

Hinweis:

Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 5 a - c beigelegt.

7.11. Neue Gewerbegebiete für attraktive Arbeitsplätze
Einr.: Fraktion CDU

0319/13

vertagt

7.11.1. **Antrag der Fraktion CDU zur DS 0319/13 - Neue Gewerbegebiete für attraktive Arbeitsplätze** 1185/13

vertagt

7.12. **Bebauungsplan EFS095 "Quartier am Steigerwald" - Änderung des Aufstellungsbeschlusses, Durchführung eines Gutachterverfahrens und Durchführung einer Wirkungsanalyse zur Einordnung großflächigen Einzelhandelsbetriebes** 0320/13
Einr.: Oberbürgermeister

Es wurde bekannt gegeben, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 25.06.2013 bestätigt hat (Ja 7 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen gab es nicht. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 34 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan EFS095 vom 25.03.1992 (Beschluss-Nr. 052/92) wird geändert:

- Änderung des Titels in "Quartier am Steigerwald"
- Änderung des Geltungsbereiches entsprechend Anlage 2
- Änderung der Planungsziele gemäß Beschlusspunkt 02

02

Mit dem Bebauungsplan werden folgende Planungsziele angestrebt:

- Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine dem Standort sowie dem zu erwartenden Nachfragepotential angemessenen Wohnungsbauentwicklung
- Planungsrechtliche Sicherung eines Sondergebietes für sportliche Nutzungen zum Erhalt der Tennisanlage im westlichen Teilbereich des Plangebietes

03

Der geänderte Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

04

Dem Nutzungskonzept gemäß Anlage 3 wird unter dem Vorbehalt der Erfüllung folgender Bedingung zugestimmt:

- Im Rahmen einer Wirkungsanalyse ist gutachterlich nachzuweisen, dass die vom Eigentümer geplante Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben keine negativen Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche hervorruft.

05

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Wirkungsanalyse zu den beabsichtigten Einzelhandelsnutzungen zu beauftragen, sobald die Finanzierung durch den Vorhabenträger gesichert ist.

06

Nach Abschluss der Wirkungsanalyse ist ein städtebauliches Gutachterverfahren für das "Quartier am Steigerwald" auf Kosten der Grundstückseigentümerin des ehemaligen Lingelareals durchzuführen.

07

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die entsprechenden städtebaulichen Verträge mit der Grundstückseigentümerin des ehemaligen Lingelareals zur Kostenübernahme abzuschließen.

08

Die Aufgabenstellung für das Gutachterverfahren ist dem Stadtrat zur Bestätigung vorzulegen.

Hinweis:

Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 6 a - c beigelegt.

**7.13. Flächennutzungsplanänderung Nr. 17 für den Bereich 0354/13
Brühlervorstadt
"Binderslebener Landstraße-westlich Heinrichstraße" -
Beschluss über die Abwägungsergebnisse und Feststellungsbeschluss
Einr.: Oberbürgermeister**

Es wurde bekannt gegeben, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 25.06.2013 bestätigt hat (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen lagen nicht vor (siehe TOP 2). Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 37 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Der Stadtrat beschließt die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange zur Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 17 für den Bereich Brühler Vorstadt "Binderslebener Landstraße-westlich Heinrichstraße" eingegangenen Stellungnahmen; das Abwägungsergebnis mit Begründung (Anlage 4 a) ist Bestandteil des Beschlusses.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Einreichern von fristgemäß abgegebenen Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB das Abwägungsergebnis mitzuteilen.

02

Die Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 17 für den Bereich Brühler Vorstadt "Binderslebener Landstraße-westlich Heinrichstraße" in der Fassung vom 01.03.2013 (Anlage 2) wird beschlossen. Die Begründung inklusive Umweltbericht (Anlage 3) wird gebilligt.

03

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 17 für den Bereich Brühler Vorstadt "Binderslebener Landstraße-westlich Heinrichstraße" gemäß § 6 Abs.1 BauGB der höheren Verwaltungsbehörde zur Genehmigung vorzulegen. Nach § 6 Abs. 5 Satz 1 BauGB ist die Erteilung der Genehmigung ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist anzugeben, wo der Plan einschließlich der Begründung und der beizufügenden zusammenfassenden Erklärung während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft gegeben werden kann.

Hinweis:

Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlage 7 a - d beigelegt.

7.14. Flächennutzungsplan-Berichtigung Nr. 3, Bereich Altstadt, Bebauungsplan ALT608 "Horn-gasse" - Billigung Einr.: Oberbürgermeister 0469/13

Es wurde bekannt gegeben, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 25.06.2013 bestätigt hat (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 2). Damit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 37 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Die Flächennutzungsplan-Berichtigung Nr. 3 - Bereich Altstadt, Bebauungsplan ALT608 „Horn-gasse“, Stand 26.03.2013 wird gebilligt (Anlage 2 und 3). Die Berichtigung des Flächennutzungsplanes ist gemäß § 6 Abs. 6 BauGB in der durch die Anpassung an den Bebauungsplan ALT608 „Horn-gasse“ geänderten Form, ortsüblich neu bekannt zu machen. Dabei ist anzugeben, wo der Plan während der Dienststunden eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft gegeben wird.

Hinweis:

Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 8 a - c beigelegt.

7.15. Aufsichtsratsmitglieder für die Bundesgartenschau Erfurt 2021 gemeinnützige GmbH 0482/13
Einr.: Oberbürgermeister

Es wurde bekannt gegeben, dass der Stadtrat die Drucksache in seiner Sitzung am 12.06.2013 vertagt hat.

In der Sitzung des Hauptausschusses am 02.07.2013 vorberaten und es liegen folgende Benennungen der Fraktionen für die Dauer der Wahlperiode vor:

SPD	Siegfried Kluge
CDU	Michael Panse
DIE LINKE.	Bodo Remus
Freie Wähler	...
B90/DIE GRÜNEN	Prof. Dr. Alexander Thumfart

Frau Bongardt, Fraktion Freie Wähler, benannte für ihre Fraktion Frau Prof. Dr. Aßmann.

Wortmeldungen lagen nicht vor. Damit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache mit namentlicher Benennung abstimmen.

mit Änderungen beschlossen Ja 35 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt entsendet

Herrn Siegfried Kluge
Herrn Michael Panse
Herrn Bodo Remus
Frau Prof. Dr. Ingeborg Aßmann
Herrn Prof. Dr. Alexander Thumfart

mit Datum des Stadtratsbeschlusses in den Aufsichtsrat der Bundesgartenschau Erfurt 2021 gemeinnützige GmbH.

7.16. Platznutzungskonzept 0484/13
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

vertagt

7.17. Entwicklung einer Flächenbevorratungs- und -managementstrategie für Erfurt
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

0536/13

Es wurde bekannt gegeben, dass der Stadtrat die Drucksache in seiner Sitzung am 12.06.2013 vertagt hat.

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen hat die Drucksache in seiner Sitzung am 23.05.2013 bestätigt (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Drucksache in seiner Sitzung am 25.06.2013 ebenfalls bestätigt (Ja 5 Nein 1 Enthaltung 4 Befangen 0).

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben hat die Drucksache in seiner Sitzung am 27.06.2013 abgelehnt (Ja 1 Nein 6 Enthaltung 3 Befangen 0).

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte die Intension des Antrages seiner Fraktion und warb um die Zustimmung zu diesen.

Herr Schwäblein, Fraktion CDU, erklärte, dass seine Fraktion sich bei der Abstimmung enthalten werde, da der Antrag zur Thematik nicht nötig aber auch nicht falsch sei.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erläuterte seine Sichtweise zur Thematik und hielt es für wichtig den Prozess an sich in Gang zu setzen.

Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ging nochmals auf die Notwendigkeit der konkreten Flächenzuweisung ein und bat um Mut zur Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 12 Nein 5 Enthaltung 16 Befangen 0

01

Die Stadtverwaltung initiiert zügig einen Prozess zur Entwicklung einer Flächenbevorratungs- und Flächenmanagementstrategie. Ziel ist der vorausschauende und nachhaltige Umgang mit Flächen für wirtschaftliche Ansiedlungen im Erfurter Stadtgebiet.

02

In Vorbereitung dieser Strategie beginnt die Stadtverwaltung unter Beteiligung der Fraktionen des Erfurter Stadtrates, sowie Interessenvertretern aus Wirtschafts- und Umweltverbänden einen moderierten Verständigungsprozess über die grundsätzlichen Ziele und Kriterien einer Erfurter Ansiedlungs- und Flächenpolitik.

03

Die Ergebnisse des Verständigungsprozesses werden nach Bestätigung durch den Stadtrat Grundlage für die Entwicklung der Flächenbevorratungs- und Flächenmanagementstrategie.

7.18. Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH 0571/13
Einr.: Oberbürgermeister

Es wurde bekannt gegeben, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen die Drucksache in seiner Sitzung am 26.06.2013 bestätigt hat (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 2). Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 31 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Der Stadtrat stimmt zu, dass der Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH nachfolgende Beschlüsse fasst:

01

Der Jahresabschluss 2012 der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH, welcher den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfungsunternehmens MSC Schwarzer Albus erhalten hat und eine Bilanzsumme von 280.349.974,65 Euro und einen Jahresüberschuss in Höhe von 1.691.447,27 Euro ausweist, wird festgestellt.

02

Der Konzernabschluss 2012 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 810.311 T Euro und einem Konzernjahresüberschuss in Höhe von 11.618 T Euro wird gebilligt.

03

Der Jahresüberschuss des Unternehmens in Höhe von 1.691.447,27 Euro wird wie folgt verwendet:

- 1.076.578,91 Euro werden an die Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt ausgeschüttet.
Der auszuschüttende Betrag ist zum 31.07.2013 fällig.
- 500.000,00 Euro werden in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.
- 114.868,36 Euro werden in die anderen Gewinnrücklagen der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH eingestellt.

04

In Umsetzung des Gesellschafterbeschlusses vom 16.03.2012 wird ein Betrag in Höhe von 500.000,00 Euro in die Kapitalrücklage der Erfurter Garten- und Ausstellungs GmbH als Beitrag zur finanziellen Absicherung der Bundesgartenschau im Jahr 2021 eingelegt.

7.20. Erfurt auf dem Weg zur Bürgerkommune
Eintr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

0720/13

Es wurde bekannt gegeben, dass die Vorlage ohne Vorberatung behandelt wird.

Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte die Intension des Antrages und beantragte die Verweisung der Vorlage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt sowie in den Hauptausschuss.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende zunächst über den Verweisungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Vorlage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt sowie in den Hauptausschuss verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

7.21. Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum 2013 bis 2015
Eintr.: Oberbürgermeister

0772/13

Durch die Stadtratsvorsitzende wurde bekannt gegeben, dass mit Schreiben des Leiters des Bereiches Oberbürgermeister für innere Verwaltung und Ratsangelegenheiten vom 01.07.2013 die Anlage 4 der Anlage 1 ersatzlos zurückgezogen wurde.

Der Jugendhilfeausschuss hat die Drucksache in seiner Sitzung am 20.06.2013 mit Änderungen beschlossen (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Im Jugendhilfeausschuss wurde aus der Anlage 1 die Anlage 4 (Bauliche Maßnahmen zur Erhaltung und Neuschaffung von Kita-Plätzen) zurückgezogen. Weiterhin wurde eine redaktionelle Korrektur der Anlagen 2 und 3 bestätigt.

Die redaktionellen Änderungen liegen den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Alle am Beratungsverfahren beteiligten Ortsteilräte haben die Drucksache zur Kenntnis genommen außer die Ortsteilräte Berliner Platz, Fienstedt und Marbach, diese haben die Vorlage abgelehnt.

Zudem lagen fünf Änderungsanträge vor:

- Ortsteilrat Herrenberg mit Drucksache 1087/13
- **erledigt wegen Zurückziehung der Anlage 4**
- Ortsteilrat Moskauer Platz mit Drucksache 1120/13
- Ortsteilrat Stotternheim mit Drucksache 1121/13
- Ortsteilrat Mittelhausen mit Drucksache 1150/13
- Ortsteilrat Salomonsborn mit Drucksache 1167/13
- für diese vier Anträge gilt: **die Annahme eines Änderungsantrages bedeutet jeweils einen neuen Beschlusspunkt in der Drucksache**

Die Stellungnahmen der Verwaltung zu den jeweiligen Anträgen der Ortsteilbürgermeister liegen den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Herr Möller, Fraktion SPD, wies auf den im Rahmen der Beschlussfassung zum Haushalt beschlossenen Haushaltsbegleit Antrag zur langfristigen Kita-Bedarfsplanung hin und daher sei es sinnvoll diese vorliegenden Anträge der Drucksache in das Gesamtkonzept einzubringen. Daher werde seine Fraktion den Anträgen der Ortsteilbürgermeister nicht zustimmen jedoch mit dem Hintergrund und der Bitte an die Ortsteilräte diese Ideen in das Gesamtkonzept zur langfristigen Kita-Bedarfsplanung nochmals einzubringen.

Herr Kemmerich, fraktionslos, zeigte seine Ablehnung gegenüber der Bedarfsplanung, da dies aus seiner Sicht zu theoretisch nach Zahlen aufgebaut sei und das Gespräch und die Diskussion mit den Eltern zu kurz komme.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Anträge der Ortsteilräte auf.

Zuerst erfolgte die Abstimmung über den **Antrag des Ortsteilrates Moskauer Platz (Drucksache 1120/13)**.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	0
Nein-Stimmen:	27
Enthaltungen:	6

Damit abgelehnt.

Der **Antrag des Ortsteilrates Stotternheim (Drucksache 1121/13)** wurde wie folgt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	0
Nein-Stimmen:	25
Enthaltungen:	8

Damit abgelehnt.

Der **Antrag des Ortsteilrates Mittelhausen (Drucksache 1150/13)** wurde anschließend wie folgt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	0
Nein-Stimmen:	26
Enthaltungen:	7

Damit abgelehnt.

Die Abstimmung zum **Antrag des Ortsteilrates Salomonsborn (Drucksache 1167/13)** erging wie folgt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	24
Enthaltungen:	8

Damit ebenfalls abgelehnt.

Abschließend ließ die Stadtratsvorsitzende die **Drucksache 0772/13 inkl. der redaktionellen Änderung** abstimmen.

mit Änderungen beschlossen Ja 30 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0

01

Der Bedarfsplan Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege in der Stadt Erfurt für den Zeitraum vom 01.08.2013 bis zum 31.07.2015 wird bestätigt.

02

Der Oberbürgermeister wird mit der Umsetzung aller sich aus dem Bedarfsplan ergebenden Maßnahmen und Konsequenzen beauftragt.

Hinweis:

Die Anlage des Beschlusses (Bedarfsplan) ist der Niederschrift als Anlage 10 beigelegt.

7.21.1. Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Herrenberg 1087/13
zur DS 0772/13 - Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für
Kinder/Tagespflege für den Zeitraum 2013 bis 2015

Erledigt wegen Annahme Änderungsantrag

7.21.2. Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Moskauer 1120/13
Platz zur DS 0772/13 - Bedarfsplanung Tageseinrichtun-
gen für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum 2013 bis
2015

abgelehnt Ja 0 Nein 27 Enthaltung 6 Befangen 0

7.21.3. Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Stottern- 1121/13
heim zur DS 0772/13 - Bedarfsplanung Tageseinrichtun-
gen für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum 2013 bis
2015

abgelehnt Ja 0 Nein 25 Enthaltung 8 Befangen 0

7.21.4. Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Mittelhau- 1150/13
sen zur Vorlage 0772/13 Bedarfsplanung Tageseinrich-
tungen für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum 2013 bis
2015

abgelehnt Ja 0 Nein 26 Enthaltung 7 Befangen 0

7.21.5. Änderungsantrag der Ortsteilbürgermeisterin Salomons- 1167/13
born zur DS 0772/13 - Bedarfsplanung Tageseinrichtun-
gen für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum 2013 bis
2015

abgelehnt Ja 1 Nein 24 Enthaltung 8 Befangen 0

7.22. Entscheidung zum Antrag auf Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes BRV547 "Kressepark Erfurt" 0780/13
Einr.: Oberbürgermeister

zurückgezogen

7.23. 50 Prozent ermäßigter Eintritt in die Museen der Landeshauptstadt für die Erfurter Mitglieder des Verbandes bildender Künstler Thüringens 0897/13
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

vertagt

7.24. 17. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung 0940/13
Einr.: Oberbürgermeister

Es wurde bekannt gegeben, dass der Stadtrat die Drucksache in seiner Sitzung am 12.06.2013 vertagt hat.

Der Hauptausschuss hat die Drucksache in seiner Sitzung am 02.07.2013 bestätigt (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Die Stadtratsvorsitzende wies darauf hin, dass gemäß § 20 Abs 1 Satz 4 die Änderung der Hauptsatzung der Mehrheit aller Mitglieder des Stadtrates (mind. 26 Ja - Stimmen) bedarf.

Wortmeldungen gab es nicht. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Die 17. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung gemäß Anlage 1 wird beschlossen.

Hinweis:

Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 11 beigelegt.

7.25. 5. Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse 0941/13
Einr.: Oberbürgermeister

Es wurde bekannt gegeben, dass der Stadtrat die Drucksache in seiner Sitzung am 12.06.2013 vertagt hat.

Der Hauptausschuss hat die Drucksache in seiner Sitzung am 02.07.2013 bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Wortmeldungen gab es nicht. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 28 Nein 4 Enthaltung 1 Befangen 0

01

Die Änderung der Geschäftsordnung gemäß Anlage 1 wird beschlossen.

Hinweis:

Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 12 beigelegt.

7.26. X. Internationales Puppentheaterfestival SYNERGURA 0953/13
2014
Einr.: Oberbürgermeister

Es wurde bekannt gegeben, dass der Stadtrat die Drucksache in seiner Sitzung am 12.06.2013 in den Ausschuss verwiesen hat.

Der Kulturausschuss hat die Drucksache in seiner Sitzung am 26.06.2013 bestätigt hat (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 1).

Herr Dr. Poppenhäger kündigte zur Vorlage seine Befangenheit an, war jedoch zur Sitzung entschuldigt.

Wortmeldungen lagen nicht vor. Damit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Der Stadtrat beschließt die Durchführung des Internationalen Puppentheaterfestivals SYNERGURA in der Zeit vom 02. bis 06. Juli 2014. Verantwortlich für die Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Festivals ist der Theater Waidspeicher e. V..

02

Der Theater Waidspeicher e. V. erbringt die für die Vorbereitung des Festivals im Jahr 2013 erforderlichen Mittel aus dem eigenen Haushalt. Der Verein erhält für die Durchführung des Festivals im Jahr 2014 einen städtischen Zuschuss in Höhe von maximal 50.000 EUR vorbehaltlich des Beschlusses des Haushaltes 2014.

7.27. Masterplan Schule und Schulnetz der Stadt Erfurt 0956/13
Einr.: Fraktion CDU

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Vorlage ohne Vorberatung behandelt wird und die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, beantragte die Verweisung der Vorlage in den Ausschuss für Bildung und Sport.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende zunächst über den Verweisungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	15
Enthaltungen:	0

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

Anschließend erfolgte die Abstimmung über die Drucksache.

abgelehnt Ja 9 Nein 24 Enthaltung 0 Befangen 0

7.28. Umschuldungen 2014 0985/13
Einr.: Oberbürgermeister

Es wurde bekannt gegeben, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache in seiner Sitzung am 19.06.2013 bestätigt hat (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Herr Kemmerich, fraktionslos, fragte nach der Beantwortung zu der von ihm im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben gestellten Frage bezüglich der Laufzeit der Kredite.

Von Seiten der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, dass diese Beantwortung der Festlegung des Ausschusses bereits erfolgt sei und vorliege.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 31 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Kreditumschuldungen der im Jahr 2014 fälligen Darlehen vorzunehmen.

02

Der Ausschuss Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben wird über die Konditionen informiert.

7.29. Ergänzung des Radverkehrskonzeptes um "Bugaradwege" 0986/13
Einr.: Fraktion SPD

Es wurde bekannt gegeben, dass die Vorlage ohne Vorberatung behandelt wird und die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, beantragte die Verweisung der Vorlage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt sowie in den Bau- und Verkehrsausschuss.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende zunächst über die Verweisung der Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 28
Nein-Stimmen: 5
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache in die zuvor genannten Ausschüsse verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

7.30. Grundsatzentscheidung - Ja zum Konzept Rotdornweg 1019/13
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Dieser Tagesordnungspunkt wurde unmittelbar nach der Abstimmung unter TOP 7.5 behandelt.

Es wurde bekannt gegeben, dass der Stadtrat die Drucksache in seiner Sitzung am 12.06.2013 in die zuständigen Ausschüsse verweisen hat.

Die Drucksache wurde in folgenden Ausschüssen vorberaten und wie folgt abgestimmt:

- Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung
 - Beschlusspunkt 01 bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0)
 - Beschlusspunkt 02 abgelehnt (Ja 1 Nein 3 Enthaltung 3 Befangen 0)
 - Beschlusspunkt 03 geändert und bestätigt
(Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0)
 - Beschlusspunkt 04 bestätigt (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0)

- Bau- und Verkehrsausschuss
 - Beschlusspunkt 01 bestätigt (Ja 6 Nein 2 Enthaltung 2 Befangen 0)
 - Beschlusspunkt 02 kein Votum
 - Beschlusspunkt 03 geändert und abgelehnt
(Ja 4 Nein 4 Enthaltung 2 Befangen 0)
 - Beschlusspunkt 04 bestätigt (Ja 5 Nein 2 Enthaltung 3 Befangen 0)

- Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligung
 - Beschlusspunkt 01 abgelehnt (Ja 1 Nein 3 Enthaltung 3 Befangen 0)
 - Beschlusspunkt 02 abgelehnt (Ja 1 Nein 5 Enthaltung 2 Befangen 0)
 - Beschlusspunkt 03 abgelehnt (Ja 2 Nein 2 Enthaltung 4 Befangen 0)
 - Beschlusspunkt 04 abgelehnt (Ja 2 Nein 3 Enthaltung 3 Befangen 0)

- Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben
 - Beschlusspunkt 01 bestätigt (Ja 5 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0)
 - Beschlusspunkt 02 abgelehnt (Ja 1 Nein 8 Enthaltung 1 Befangen 0)
 - Beschlusspunkt 03 geändert und bestätigt
(Ja 6 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0)
 - Beschlusspunkt 04 bestätigt (Ja 6 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0)

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die geänderte Fassung des Beschlusspunktes 03 wie folgt lautete:

"Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der KoWo mbH und der Bürgerinitiative ein Machbarkeitskonzept zu erörtern und den Stadtrat über den Fortgang der Erörterung im September zu berichten. Die Stadtverwaltung wird gebeten zu einem ersten Gespräch im Juli einzuladen."

Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, beantragte die Einzelabstimmung der jeweiligen Beschlusspunkte.

Herr Schwäblein, Fraktion CDU, erläuterte seine Sichtweise zur Thematik.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass in den Ausschüssen die Thematik bereits eingehend erörtert wurde und bat um Abstimmung der Drucksache in Fassung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und somit schloss die Stadtratsvorsitzende die Beratung.

Daraufhin beantragte Herr Kallenbach, Fraktion CDU, im Namen seiner Fraktion die namentliche Abstimmung.

Zunächst ließ die Stadtratsvorsitzende den Antrag der Fraktion SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Einzelabstimmung der Beschlusspunkte abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	5
Enthaltungen:	1

Damit wurde dieser bestätigt.

Auf Grund der zuvor bestätigten Einzelabstimmung der Beschlusspunkte, beantragte Herr Kallenbach, Fraktion CDU, die namentliche Abstimmung nur für den Beschlusspunkt 02. Darüber ließ die Stadtratsvorsitzende abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	21
Enthaltungen:	4

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

Daraufhin erfolgte die Einzelabstimmung der Beschlusspunkte. Zunächst wurde der **Beschlusspunkt 01** abgestimmt.

Der Stadtrat unterstützt und würdigt das Engagement der Bürgerinitiative Rotdornweg und des Vereins "Wohnen inklusiv - Sozial leben e.V." sowie der KoWo GmbH zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses DS 2071/11 vom November 2011 - vor allem im Sinne der Suche nach einer Gesamtlösung für den Rotdornweg.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	7
Enthaltungen:	3

Damit beschlossen.

Nach diesem erfolgte die Abstimmung über den **Beschlusspunkt 02**.

Dem Verein „Wohnen inklusiv – sozial leben“ e.V. (WI-SL) werden - gemäß des KOWO Aufsichtsratsbeschlusses B/156/01 - die Immobilien im Rotdornweg übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	31
Enthaltungen:	0

Damit abgelehnt.

Die Abstimmung über den **Beschlusspunkt 03** in Fassung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung erfolgte anschließend.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der KoWo mbH und der Bürgerinitiative ein Machbarkeitskonzept zu erörtern und den Stadtrat über den Fortgang der Erörterung im September zu berichten. Die Stadtverwaltung wird gebeten zu einem ersten Gespräch im Juli einzuladen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	8
Enthaltungen:	2

Somit beschlossen.

Abschließend wurde der **Beschlusspunkt 04** abgestimmt.

Die Stadtverwaltung erstattet dem Stadtrat vierteljährlich Bericht über den Stand der Umsetzung des Konzeptes.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	9
Enthaltungen:	1

Damit ebenfalls beschlossen.

Nach der Abstimmung wurden folgende Erklärungen zum Abstimmverhalten abgegeben:

- Herr Schwäblein, Fraktion CDU:
"Ich habe gegen die Drucksache insbesondere gegen Beschlusspunkt 02 gestimmt, um nicht später in Haftung genommen zu werden, weil die Gefahr droht, dass kommunales Eigentum unter Wert abgegeben wird."
- Herr Huck, Fraktion CDU:
"Ich möchte auch zu Protokoll geben, dass ich gegen dies Drucksache gestimmt habe, weil ich der Meinung bin, hier wird den Leuten eine Hoffnung gemacht, die gesetzlich überhaupt nicht möglich ist. Deswegen bin ich dafür gewesen die Sache endgültig vom Tisch zu nehmen."
- Frau Hentsch, Fraktion CDU:
"Ich möchte mich anschließen."
- Herr Staufenbiel, Fraktion CDU:
"Ich mach's kurz. Ich möchte mich ebenso anschließen und bitte das zu Protokoll zu nehmen. Danke."
- Frau Bongardt, Fraktion Freie Wähler:
"Ich möchte dieses auch und wegen der Unterwertveräußerung wegen Punkt 02 gemäß § 67 ThürKO. Ich hätte es gerne im Protokoll, weil das Konsequenzen haben könnte."
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU:
"Ich habe vor allen Dingen abgelehnt wegen der Signalwirkung, die von so einem Beschluss ausgeht in andere Quartiere der KoWo und von daher ist das überhaupt nicht zu verantworten, hier zuzustimmen."

Weitere Erklärungen zum Abstimmverhalten wurden nicht abgegeben.

Bevor die Pause erfolgte, rief die Stadtratsvorsitzende den TOP 7.32 - Wahl neuer Stellvertreter im Jugendhilfeausschuss mit Drucksache 1079/13 auf.

mit Änderungen beschlossen

Der Stadtrat beschließt:

01

Der Stadtrat unterstützt und würdigt das Engagement der Bürgerinitiative Rotdornweg und des Vereins "Wohnen inklusiv - Sozial leben e.V." sowie der KoWo GmbH zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses DS 2071/11 vom November 2011 - vor allem im Sinne der Suche nach einer Gesamtlösung für den Rotdornweg .

02

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der KoWo mbH und der Bürgerinitiative ein Machbarkeitskonzept zu erörtern und den Stadtrat über den Fortgang der Erörterung im September zu berichten. Die Stadtverwaltung wird gebeten zu einem ersten Gespräch im Juli einzuladen.

03

Die Stadtverwaltung erstattet dem Stadtrat vierteljährlich Bericht über den Stand der Umsetzung des Konzeptes.

7.31. Abberufung und Bestellung eines Aufsichtsratsmitgliedes der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH **1027/13**
Einr.: Oberbürgermeister

Es wurde bekannt gegeben, dass der Hauptausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 02.07.2013 bestätigt hat (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass von der Fraktion DIE LINKE. Herr Dr. Duddek benannt wurde.

Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache mit namentlicher Benennung zur Abstimmung auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 31 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

01

Herr Thomas Kemmerich wird zum 03.07.2013 als Mitglied des Aufsichtsrates der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH abberufen.

02

Als neues Aufsichtsratsmitglied der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH wird zum 04.07.2013 Herr Dr. Duddek bestellt.

03

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, den erforderlichen Gesellschafterbeschluss zur Abberufung und Bestellung der Mitglieder des Aufsichtsrates zu fassen.

7.32. Wahl neuer Stellvertreter im Jugendhilfeausschuss **1079/13**
Einr.: Fraktion SPD

Im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 7.30 und vor der Pause wurde zur Wahl neuer Stellvertreter im Jugendhilfeausschuss aufgerufen.

Die Anzahl der anwesenden Stadtratsmitglieder wurde mit 35 festgestellt.

Jedes Mitglied des Stadtrates hatte fünf Stimmen.

Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat (§ 39 Abs. 2 ThürKO).

Die Wahlkommission wurde zur Aufnahme ihrer Tätigkeit nach vorn gebeten und zur Wahl aufgerufen.

Nach Abschluss der Wahlhandlung erfolgte die Auszählung der Stimmen.

Nach der Pause wurde durch Herrn Gillmann, Stadtratsreferent, folgendes Wahlergebnis bekannt gegeben:

Es wurden 35 Stimmen abgegeben. Davon entfielen 27 Stimmen auf Herrn Alexander Brettin, 29 Stimmen auf Frau Yvonne Hager, 27 Stimmen auf Herrn Matthias Bols, 28 Stimmen auf Herrn Alexander Volland und 26 Stimmen auf Herrn Ralf Jungnickel.

Somit gratulierte die Stadtratsvorsitzende den gewählten Personen zur Wahl.

Im Anschluss verabschiedete die Stadtratsvorsitzende im Namen des Stadtrates Herrn Gerhard Schilder. Sie dankte ihm im Namen aller Anwesenden für sein Engagement während der jahrelangen Zusammenarbeit und wünschte ihm für die Zukunft alles Gute. Herr Schilder verabschiedete sich mit einer Rede von allen Mitgliedern des Stadtrates.

Nach der Verabschiedung erfolgte unter Fortführung der Tagesordnung die Behandlung des Tagesordnungspunktes 7.6.

gewählt

01

Für die SPD-Stadtratsfraktion wird als 1. Stellvertreter für Denny Möller

bisher: Matthias Bols

neu: Alexander Brettin

in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

02

Für die SPD-Stadtratsfraktion wird als 2. Stellvertreterin für Denny Möller

bisher: Ralf Jungnickel

neu: Yvonne Hager

in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

03

Für die SPD-Stadtratsfraktion wird als 1. Stellvertreter für Friedhelm Krull

bisher: Diana Lehmann

neu: Matthias Bols

in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

04

Für die SPD-Stadtratsfraktion wird als 2. Stellvertreter für Friedhelm Krull

bisher: Alexander Brettin

neu: Thomas Volland

in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

05

Für die SPD-Stadtratsfraktion wird als 2. Stellvertreterin für Bettina Löbl

bisher: Doreen Breuer

neu: Ralf Jungnickel

in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

**7.33. Besetzung des 3. sachkundigen Bürgers in den Ausschüs- 1081/13
sen und Nachbesetzung eines sachkundigen Bürgers im
Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung
Einr.: Fraktion SPD**

Es wurde bekannt gegeben, dass die Vorlage ohne Vorberatung behandelt wird.

Es liegt ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 1189/13 vor.

Zu diesem liegt vom Einreicher eine redaktionelle Änderung im Beschlusswortlaut des Beschlusspunktes 02 vor: "Als sachkundige Bürgerin im Kulturausschuss wird Katrin **Senge-
wald** benannt." (Nicht: "...Sennewald...").

Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache in Fas-
sung des Antrages der Fraktion SPD (Drucksache 1189/13) mit der redaktionellen Änderung
zur Abstimmung auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 31 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Änderung Titel:

Besetzung des 3. sachkundigen Bürgers in den Ausschüssen und Nachbesetzung eines sachkundigen Bürgers im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung, Kulturausschuss und Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile

01

Als sachkundige Bürger im Ausschuss Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung werden Claudia Michelfeit und Tobias Feier benannt.

02

Als sachkundige Bürgerin im Kulturausschuss wird Katrin Sengewald benannt.

03

Als sachkundiger Bürger im Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile wird Heinz Schilling benannt.

7.33.1. Antrag der Fraktion SPD zur DS 1081/13 - Besetzung des 3. sachkundigen Bürgers in den Ausschüssen und Nachbesetzung eines sachkundigen Bürgers im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung 1189/13

bestätigt

**7.34. Vorfahrt für Fußgänger und Radfahrer 1082/13
Einr.: Fraktion DIE LINKE.**

Es wurde bekannt gegeben, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE., erläuterte die Intension des Antrages seiner Fraktion und beantragte die Verweisung der Vorlage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt sowie in den Bau- und Verkehrsausschuss.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende zunächst über die Verweisung der Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 27
Nein-Stimmen: 6
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Vorlage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt sowie in den Bau- und Verkehrsausschuss verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

8. Informationen

Es lagen keine vor. Somit beendete die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, den öffentlichen Teil der Stadtratssitzung.

gez. Pelke
Stadtratsvorsitzende

gez. 
Schriftführer/in